Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisgasse 4/5.
Verantw. Redacteur Fr. Hüttner.
Sprechstunde d. Redaction
Vormittags von 11—12 Uhr
Nachmittags von 4—5 Uhr.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate in den Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Raths der Stadt Leipzig.

Auflage 9000.
Abonnementspreis
Vierteljährlich 1 Thlr. 7½ Ngr.,
incl. Bringerlohn 1 Thlr. 10 Ngr.
Inserate
die Spaltzeile 1¼ Ngr.
Reclamen unter d. Redactionsstrich
die Spaltzeile 2 Ngr.
Filiale
Otto Klemm,
Universitätsstraße 22,
Local-Comptoir Hainstraße 21.

№ 170. Montag den 19. Juni. 1871.

XXIX. öffentliche Sitzung der Handelskammer zu Leipzig

am 13. Juni 1871.

Anstellung verpflichteter Spirituswieger. — Kohlenmonopol. — Erbauung einer zweiten Revisionshalle für die mit der Magdeburger Bahn ankommenden Zollgüter empfohlen. — Beschwerde gegen die Thüringische Bahn hier zurückgenommen. — Spiritus-Usancen nunmehr definitiv. — Wünsche in Betreff des Verkehrs mit Brasilien an den Handelsverein für Darmstadt und Bessungen zu richten. — Eingabe der „Leipziger Productenhandlung L. Ebbighausen" und Weiteres über dieselbe. — Concurse in Belgrad. — Beschluß des Reichstags in der Weinzollrabatt-Frage. — Maschinenausstellung in Bekes-Csaba. — Eingegangene Drucksachen. — Tabaksmonopolfrage. — Telegraphen-Station in der inneren Stadt und directe Leitung nach Wien. — Postpacket-Annahme-Station in der inneren Stadt. — Antrag wegen Ausfahrens der Fahrpostsendungen zur Zeit abgelehnt. — Ermittelung des Getreidegewichts und des Spiritusgehalts. — Modalitäten der Uebernahme des Börsenfonds.

An der 29. öffentlichen Sitzung der Handelskammer nahmen 16 Mitglieder Theil.

1. Aus dem Registranden-Vortrage, mit welchem Herr Vorsitzender Becker die Sitzung eröffnete, ist Folgendes hervorzuheben: a) Der Rath der Stadt Leipzig macht Mittheilung über die auf Antrag der Kammer erfolgte Verpflichtung der Herren Ermisch und Richter als Spirituswieger. — b) Das Comité für die Gaschwitz-Meuselwitzer Bahn bittet um Mittheilung der beabsichtigten Zusammenstellung über Zufuhren, Preise ꝛc. von Stein- und Braunkohlen in Leipzig. Der Vorsitzende theilt mit, daß nach Erledigung einiger Differenzen in dem zum Theil erst vor Kurzem eingegangenen Ziffernwerk diese Zusammenstellung veröffentlicht und Abdrücke davon Denen, welche sich dafür interessiren, zur Verfügung gestellt werden sollen. — c) Zufolge des Antrags der Herren Schnoor und Kraft, schnellere Abfuhr der Zollgüter vom Magdeburger Bahnhofe betr., hat der Eisenbahn-Ausschuß eingehende Erörterungen angestellt. Derselbe ist dabei zu dem Ergebnisse gelangt, daß Abhülfe am besten zu schaffen sein würde durch Erbauung einer zweiten Revisionshalle mit eigener Gleislage an der Stelle des städtischen Güterschuppens Nr. 1 (gegenüber der bayerischen Revisionshalle), welcher weiter hinauszurücken sein würde; in Gemäßheit der dem Ausschusse ertheilten Ermächtigung sind in diesem Sinne gehaltene Schreiben um Mitte v. M. an das Directorium der Magdeburger Bahn, an den hiesigen Rath und an das Ministerium des Innern gerichtet worden. — d) Derselbe Ausschuß hat über die Beschwerde des Herrn H. Robrahn Nachfolger gegen die Thüringische Eisenbahn wegen der rechtswidrig abgeforderten Reverse unter Zuziehung des Beschwerdeführers berathen. Der Letztere hat hierbei seinen Antrag zurückgezogen, um sich, dem Anrathen des Ausschusses gemäß, direct an das Eisenbahn-Commissariat in Berlin zu wenden. — e) Die Bekanntmachung vom 30. März d. J., die neuen Schlußscheinusancen im Productenhandel betr., hat sie in §. 14 der Börsenordnung vorgeschriebene Frist hindurch an der Börse ausgehangen, ohne daß gegen den neuen Vorschlag in Betreff der Spiritus-Usancen eine Einwendung erhoben worden wäre. Es ist darauf unter dem 10. Mai eine anderweite Bekanntmachung wegen definitiver Geltung der Spiritus-Usancen erlassen worden. — f) Der Handelsverein für Darmstadt und Bessungen erbietet sich, etwaige Wünsche, welche Handeltreibende und Industrielle hinsichtlich des Verkehrs mit Brasilien hegen, an den brasilianischen Generalconsul in London, welcher zu bezüglichen Kundgebungen aufgefordert, zu übermitteln. Es soll den Betheiligten überlassen werden, sich direct an den genannten Verein zu wenden. — g) Der Inhaber der Firma „Leipziger Productenhandlung L. Ebbighausen" beschwert sich in einer von seinem Sohne Rudolf E. unterzeichneten Eingabe, welche sich wegen ihrer injuriösen Schreibweise zum Vortrage nicht eignet, daß die Handelskammer durch eine Annonce (?) in Nr. 45 des Tageblattes Behauptungen über ihn und seine Familie, welche „meistens" unwahr seien, verbreitet und damit seinen Credit untergraben habe. Er erbietet sich, die Unwahrheit aller öffentlich gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu beweisen und die Handelskammer von der Reellität seiner Bestrebungen zu überzeugen; eventuell droht er, die Handelskammer gerichtlich zur Bestrafung zu ziehen, den Schutz des Ministeriums anzurufen und das Verfahren der ersteren öffentlich zu rügen. Dem pp. Ebbighausen ist, um die volle Objectivität der Kammer zu wahren, durch das Secretariat unter dem 9. Mai mittels recommandirten Briefs anheimgestellt worden, den angebotenen Beweis der Unrichtigkeit der von ihr referirten, rein thatsächlichen Behauptungen zu führen; darauf ist jedoch bis heute eine Antwort nicht eingegangen. Inzwischen haben neuerdings eingezogene Erkundigungen noch ergeben, daß Ebbighausen wiederholt wegen unrichtiger Firmenführung in Strafe genommen worden ist; daß er Wechsel durch einen seiner Gehülfen mit dem Zusatze „per" vor dem Firmenstempel unterzeichnen läßt — eine Art der Zeichnung, welche ungültig, aber wohl zu Täuschungen geeignet ist; daß zwar beim Handelsgerichte nur wenige Klagen gegen ihn anhängig gewesen, dagegen bei der Staatsanwaltschaft neuerdings von mehreren Seiten Strafanträge wegen betrügerischer Handlungen gegen ihn gestellt worden sind; daß endlich der oben genannte Sohn, welcher notorisch die eigentliche Seele des Geschäfts ist, in diesen Tagen in Halle zu einer 9monatlichen Freiheitsstrafe verurtheilt, von der hiesigen Staatsanwaltschaft aber zum Zweck der Abhörung über die erwähnten Anklagen dessen Ueberführung nach hier beantragt worden ist. Dies werde, bemerkt der Vorsitzende, vorläufig genügen um das eingeschlagene Verfahren zu rechtfertigen. — h) Drei verschiedene Mittheilungen des Generalconsuls in Belgrad, Herrn Dr. Rosen, über dortige Concurse (des Eisenhändlers Milosch J. Kovic, Zivko Lazarevic, Gewölbinhabers zu Popareway, und Isaak Amuli & Schwiegersöhne) sind sofort veröffentlicht worden. — i) Der Bureaudirector des deutschen Reichstages theilt mit, daß dieser beschlossen habe, über die Petition wegen Beibehaltung des Weinzollrabatts zur Tagesordnung überzugehen.*) Nach Lage der Sache wird dabei Beruhigung gefaßt. — k) Das k. k. österreichische Generalconsulat macht nachträglich zu seiner früheren Mittheilung über die landwirthschaftlichen Maschinen-Ausstellungen in Ungarn noch auf die am 10. Juli in Bekes-Csaba stattfindende Ausstellung aufmerksam. — l) Von eingegangenen Drucksachen sind zu erwähnen: Jahresberichte der kaufmännischen Corporationen zu Berlin, Bielefeld, Magdeburg, Stolberg, Tilsit; Namensverzeichnisse der Kaufmannschaften zu Frankfurt a. O., Tilsit; Augsburg, „Zur Münzfrage" (bes. Abdr. a. d. Grenzboten); Schneider, Joh. Philipp, „Staats- und Bankzettel", Gießen 1871; Kalender für das Königreich Sachsen für 1872, herausgegeben vom Statistischen Bureau des k. Ministeriums des Innern; Mittheilungen des Landwirthschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge; Sitzungsberichte der Handels- und Gewerbekammer zu München; Petition des Reformvereins Wiener Kaufleute in der Frage wegen Wirkung des französischen Wechselmoratoriums (die Petenten bitten um Erlaß eines besonderen Gesetzes, durch welches die Unwirksamkeit des französischen Gesetzes für diesseitige, d. h. österreichische Rechtsverhältnisse ausgesprochen werden soll).

2. Gegen die von der königl. württembergischen Regierung beim Bundesrathe beantragte Einführung des Tabaks-Monopols hatte der bleibende Ausschuß des Deutschen Handelstags eine vorläufige Vorstellung an ersteren gerichtet und die Mitglieder aufgefordert, ihre Stellung zu derselben behufs Erstattung eines Generalberichts kundzugeben. Der Ausschuß (die Herren Vors. Becker, Eichorius als Referent, Dodel, Lorenz und Wachsmuth) empfiehlt der Kammer, mittels eines im Entwurfe vorgelegten (besonders veröffentlichten) Berichts ihre Zustimmung zu der gedachten Vorstellung zu erklären. Zu der Berathung war Herr Oberzollinspector Meisel sowie der Vorsitzende des hiesigen Vereins der Cigarrenfabrikanten Herr Zuckschwerdt eingeladen worden.

Der Referent gedenkt des Umstandes, daß der badische Minister Mathy kurz vor seinem Tode den Wunsch nach Einführung des Monopols ausgesprochen; dies erkläre sich jedoch nur durch den politischen Gesichtspunct, daß die gemeinsame Schuldenlast, welche die mit der Einführung des Monopols verbundene Entschädigung der Privatindustrie bedingt hätte, ein mächtiges Band für die Einigung der deutschen Staaten gewesen sein würde — ein Gesichtspunct, welcher durch die neuesten Ereignisse in glücklichster Weise überholt sei. Wirthschaftlich und social lasse sich das Monopol, wie Redner weiter ausführt, in keiner Weise rechtfertigen. Herr Lorenz kommt auf seinen bereits im Ausschusse geäußerten Wunsch zurück, daß die Kammer diese Gelegenheit benützen möchte, um sich wiederholt für Erhöhung der Tabaksteuer zu erklären. Einen Antrag wolle er nicht stellen, aber wenigstes es nicht unausgesprochen lassen, daß, um einen Artikel wie Salz von der Steuer zu befreien, der Tabak gar nicht hoch genug besteuert werden könne; die Grenze liege für ihn nur in der Ausführbarkeit der Controle. Der Referent ist sachlich vollständig einverstanden, daß der Tabak eine höhere Besteuerung sehr wohl vertragen könne; immerhin würde dieselbe nicht gerade im Interesse der Cigarrenfabrikanten liegen, und da die Frage nicht zur Discussion gestellt sei, habe die Kammer keine Veranlassung sie jetzt anzuregen.

Der vorgelegte Entwurf wird darauf einstimmig genehmigt.

Der Vorsitzende stellt im Anschlusse hieran noch die vom bleibenden Ausschusse des Handelsstandes vorgelegte Frage zur Debatte,

> ob der vorstehende Gegenstand geeignet sei, auf die Tagesordnung des nächsten Handelstags gebracht zu werden.

Auf Befürwortung des Herrn Schnoor wird diese Frage einstimmig bejaht.

3. Demnächst berichtete Herr Schnoor Namens des damit betrauten Ausschusses (außer ihm die Herren Vorsitzender Becker, Dodel, Plaut und Wachsmuth) über den von ihm selbst bereits im October v. J. eingebrachten, damals jedoch, nach eingehenden Erörterungen wegen des durch die Occupation französischen Gebiets veranlaßten Mangels an Telegraphen-Beamten, zurückgestellten Antrags auf Verwendung dafür,

> daß die im hiesigen Börsenlocale für die Correspondenz während der Börsenzeit eingerichtete Telegraphenstation in eine solche mit ununterbrochenem Dienst umgestaltet werde.

Die Angelegenheit ist nunmehr, nach Wiederherstellung des Friedens, wieder aufgenommen. Der Ausschuß beantragt, indem er die Bezugnahme auf das Börsenlocal als ungeeignet fallen läßt,

> die Kammer wolle bei der Generaldirection der Telegraphen in Berlin beantragen, daß eine Telegraphenstation in der inneren Stadt hergestellt werde, und ihre Dienste bei Ausfindigmachung eines geeigneten Locals zur Verfügung stellen.

Der Referent bemerkt, der Ausschuß habe Grund zu der Annahme, daß die Unzulänglichkeit des derzeitigen in der Wintergartenstraße gelegenen Bureaus an maßgebender Stelle selbst jetzt empfunden werde; müsse man aber einmal an Errichtung einer zweiten Station denken, so würde es ein Mißgriff sein, dieselbe in einen anderen Theil der Vorstadt zu verlegen.

Herr Stadtrath Bering fragt, ob die Station auf der Börse nicht dem Bedürfnisse des Handels genüge. Der Referent verneint dies, da dieselbe nur während der Börsenzeit geöffnet sei, und vergleicht die hiesigen Verhältnisse mit denen anderer Städte, welche bei weit geringerem Verkehr eine Mehrzahl von Stationen besitzen. Leipzig sei dem Umfang des Verkehrs nach die 5. Station in Deutschland, und könne daher die Gewährung der beantragten Einrichtung geradezu verlangen. Mißlich sei es namentlich auch, daß die Bestellung der eingehenden Depeschen an die Adressaten so viel Zeit erfordere; um den öfteren Hin- und Herweg zu sparen, gebe man dem Boten bis zu 12,13 Depeschen auf einmal und so brauche er bis zur Bestellung der letzten einige Stunden, wodurch die Depesche oft ihren Zweck verfehle. Herr Lorenz hält gerade diesen letzteren Uebelstand für den hauptsächlichsten, ihn werde man aber auch durch Errichtung einer Station in der innern Stadt kaum heben; der Grund liege wohl darin, daß zu wenig Boten angestellt seien, doch möge er ohne nähere Untersuchung einen Antrag auf deren Vermehrung nicht stellen. Die Verhältnisse anderer Städte seien für Leipzig mit seinem in der inneren Stadt concentrirten Verkehr nicht ohne Weiteres maßgebend. Der Referent hofft, daß es, um dem Botenmangel abzuhelfen, nicht erst eines besonderen Antrags bedürfen werde. Der Herr Vorsitzende erörtert noch die Gründe, aus denen eine genügende Erweiterung der Börsenstation unthunlich erscheint.

Der Ausschußantrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Im Anschluß an diesen Gegenstand bringt der Referent noch den bei der ersten Ausschußberathung bereits erwähnten Uebelstand zur Sprache, daß ein directer telegraphischer Verkehr zwischen Leipzig und Wien nicht besteht, und beantragt,

> die Einrichtung eines solchen bei der General-Direction zu befürworten,

was ohne Debatte einstimmig beschlossen wird.

4. Namens eines anderen Ausschusses (Herren Vors. Becker, Dr. Gericke, Leppoc, Schnoor, Steckner und Stadtr. Wagner) referirt weiter Herr Dr. Gericke über die beiden folgenden, auf das Postwesen bezüglichen Anträge.

a) Am 2. Mai d. J. hatte Herr Steckner unter Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Räume des Oberpostamtsgebäudes und der Postexpedition Nr. 1 und auf die Bedürfnisse des in der innern Stadt concentrirten Verkehrs beantragt, die Kammer wolle die Errichtung einer Aufgabestelle in der inneren Stadt für Annahme entweder aller Postsendungen, oder doch wenigstens für Geldpackete, Geld-, recommandirte und gewöhnliche Briefe, verbunden mit Verkauf aller Francozeichen und Wechselstempelmarken beantragen. Nach eingehenden Erörterungen hat der Ausschuß sich den Ausführungen des Herrn Steckner angeschlossen, jedoch mit der Modification, daß er in erster Linie die Herstellung einer Postexpedition mit vollem Dienst ins Auge zu fassen und nur in dem Falle, daß diese sich als allzu kostspielig erweisen sollte (der Antragsteller hatte bereits auf die Füglichkeit der Benutzung eines Hofraums aufmerksam gemacht), auf jenes geringere Maß zurückzugehen empfiehlt. Der Ausschuß legt demgemäß den Entwurf eines an die Oberpostdirection zu richtenden Schreibens vor, in welchem dieselbe ersucht wird,

> für Einrichtung einer Postexpedition, eventuell wenigstens einer mit Verkauf von Francozeichen aller Art und von Wechselstempelmarken verbundenen Aufgabestelle in der innern Stadt Sorge zu tragen und nöthigenfalls an das Generalpostamt deshalb befürwortenden Bericht zu erstatten,

und dessen Schluß wiederum das Erbieten enthält, bei Ausfindigmachung eines geeigneten Locals mitzuwirken.

Herr Stadtr. Bering erklärt sich gegen den Antrag, von dem er sich keinen Erfolg versprechen könne. Wenn eine Station in der innern Stadt eingerichtet werden sollte, werde man wahrscheinlich, um den allzu großen Andrang zu verhüten, den Schluß eine Stunde früher ansetzen; damit sei aber denen, welchen die jetzigen Einrichtungen nicht genügen, wiederum nicht gedient. Das Uebel liege darin, daß man sich nicht entschließen wolle, die Markthelfer im Laufe des Nachmittags zwei- oder dreimal auf die Post zu schicken, sondern alle Packetsendungen auf die letzte halbe Stunde sich zusammendrängen lasse. Herr Lorenz erkennt an, daß in diesen Bemerkungen viel Wahres liege; wenn aber, wie in dem Ausschußentwurf angedeutet sei, die Postverwaltung selbst mit einem solchen Plane umgehe, so sei dies jedenfalls dankbar zu acceptiren. An sich seien die Entfernungen in Leipzig, das doch den Namen einer werdenden Großstadt beanspruche, noch keineswegs so bedeutend, daß man deshalb noch eine Station brauche. Dieselbe werde nur dadurch nothwendig, daß im Oberpostamtsgebäude die Räume zu eng werden. Herr Leppoc befürwortet dringend den Ausschußantrag; wenn der Vorredner Leipzig als räumlich klein hingestellt habe, so habe er wenigstens noch am Schlusse betont, daß es an zu kleinen Räumlichkeiten leide: dieser Uebelstand erheische unbedingt Abhülfe, und wenn man dies zugebe, so sei doch nicht einzusehen, warum man nicht sich nach einem passenden Local in der innern Stadt umsehen solle.

Der Entwurf wird darauf gegen 1 Stimme genehmigt.

b) Bei der ersten Verhandlung über den vorstehenden Antrag, welche zu dessen Verweisung an den genannten Ausschuß führte, hatte Herr Scharf weiter beantragt, denselben mit der Berichterstattung darüber zu beauftragen,

> ob nicht die Einrichtung getroffen werden könne, daß die eingehenden Fahrpostsendungen an die Adressaten ausgefahren werden.

Die vom Ausschusse eingezogenen Erkundigungen haben ergeben, daß ein mehr als dreimaliges Ausfahren täglich kaum ausführbar sein würde. Derselbe beantragt,

> die Kammer wolle, in Erwägung 1) daß die größeren Handlungshäuser von der Einrichtung des Ausfahrens der Packete kaum in erheblichem Umfange Gebrauch machen würden, 2) daß, wenn der Antrag auf Errichtung einer Postfiliale in der innern Stadt genehmigt werden sollte, die gewünschte Bequemlichkeit für den Handelsstand in noch höherem Maße erreicht sein würde, den Antrag zur Zeit auf sich beruhen lassen.

Der Referent hebt noch hervor, daß es bedenklich sei, zu viel auf einmal zu fordern. Die fragliche Einrichtung werde jetzt in Dresden eingeführt; wenn sie sich dort bewähre, könne man sie später auch für Leipzig befürworten.

Ohne Debatte (der Antragsteller selbst ist nicht zugegen) tritt die Kammer dem Ausschußvorschlage bei.

5. Demnächst berichtet Namens der II. Section des Börsenvorstandes als Commission der Handelskammer Herr Stadtr. Bassenge über a. eine Vorlage des bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstags, die Ermittelung des Getreidegewichts betr., und b. eine Anfrage des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten wegen Ermittelung des Spiritusgehalts.

Zu a. handelt es sich um Folgendes. Die Normal Eichungs Commission ist auf Grund sorgfältiger Versuche zu dem Vorschlage gelangt, die bisher üblich gewesenen Proportionalschalen aufzugeben, vielmehr sich zur Ermittelung des Getreidegewichts eines einfachen Litermaßes in der für Flüssigkeiten nachgelassenen Form zu bedienen, die

*) Die Mehrheit des Petitionsausschusses hatte beantragt, die Petition dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, und dabei namentlich auf die in derselben enthaltenen ziffermäßigen Nachweise Gewicht gelegt.